

# Wie steht es um die „Soziale Stadt“?

Interview mit Sabine Süß\*

Die Fragen stellte Stefan Hradil



Stefan Hradil



Sabine Süß

### *Stefan Hradil*

Die derzeitige Situation des Programms „Soziale Stadt“ gilt als sehr schwierig. Darüber würde ich mich in diesem Interview gern mit Ihnen unterhalten. Aber vielleicht erklären Sie den Lesern am Anfang unseres Gesprächs, was das Programm „Soziale Stadt“ überhaupt ist und welche Ziele es hat.

### *Sabine Süß*

Das Programm „Soziale Stadt“ wurde in einer Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Kommunen in den 1990ern entwickelt, als man feststellte, dass gerade die Nachbarschaften in den Städten sich sehr unterschiedlich entwickelten, vor allem auch im Hinblick darauf, dass die soziale Spaltung in der Gesellschaft dort besonders deutlich sichtbar wurde. Bund, Länder und Kommunen haben damals das Städtebauförderungsprogramm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ beschlossen – heute sagt man gerne auch soziale Brennpunktquartiere –, indem man versucht hat, vor Ort durch bauliche Maßnahmen das Wohnumfeld aufzuwerten. Ab 2006 hat man begonnen, verstärkt auch die sozialen Komponenten für den Zusammenhalt der Gemeinschaft in diesen Quartieren zu fördern.

Zum Beispiel wurden Quartiermanager verstärkt eingesetzt, die dafür sorgen sollten, dass es durch das sogenannte integrierte Handlungskonzept vor Ort geschafft werden sollte, die Akteure und ihre Aktivitäten zusammenzubinden, die notwendig sind, um aus diesen prekären Situationen in den Stadtteilen durch Stärkung des Zusammenhalts stabile Nachbarschaften zu formen. Im baulich-investiven Bereich – genauso wie im sozialinvestiven Bereich – das war damals die Idee. 1999, zu Beginn des Programms, waren es 161 Stadtteile in 124 Gemeinden, 2010 waren es 602 Gebiete in 375 Gemeinden und Kommunen, die an diesem „Soziale Stadt“-Programm teilnahmen und große Erfolge zu verzeichnen hatten, was die Qualitäten der Nachbarschaften angeht.

\* Sabine Süß ist Geschäftsführender Vorstand der Schader-Stiftung, Darmstadt.

*Stefan Hradil*

Sie sagten, das Programm „Soziale Stadt“ sei ein Gemeinschaftsprogramm von Bund, Ländern und Gemeinden. Wie gut funktionierte diese Zusammenarbeit? War es ein Ziel, diese Zusammenarbeit zu stärken? Es ist ja nicht gerade üblich, dass Bund, Länder und Gemeinden zusammenarbeiten.

*Sabine Süß*

Also, gemeinsam hat man begriffen, dass es nur mit diesem Triumvirat geht. Die Arbeit selbst ist natürlich vor Ort in den Gemeinden und in den Kommunen geleistet worden, aber es war natürlich eine ganz wichtige Signalwirkung, dass sich der Bund mit einem Drittel der Finanzierung, die Länder mit einem Drittel der Finanzierung und auch die Kommunen dann mit einem Drittel der Finanzierung beteiligt haben. Das heißt, für jeden Euro, der investiert worden ist, haben sich drei Parteien verantwortlich gefühlt. Vor Ort sollten diejenigen, die dort arbeiten und leben, ordentlich ermuntert werden, sich für ihr eigenes Wohnumfeld, für ihre eigene soziale Umgebung, sich für ihre eigene Nachbarschaft zu engagieren. Dieses Programm setzt stark auf Impulse, die maximale Wirkung zeigen sollen, deshalb ist das Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen im Schulterschluss hier ein ganz besonders Zeichen gewesen.

*Stefan Hradil*

Frau Süß, Sie sind Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Schader-Stiftung. Was hat diese Stiftung, was haben Stiftungen überhaupt mit dem Programm „Soziale Stadt“ zu tun?

*Sabine Süß*

Das sind zwei Aspekte. Zum einen hat die Schader-Stiftung mit dem Programm „Soziale Stadt“ dahingehend etwas zu tun, dass sie parallel zum Start des Programms mit anderen Partnern – Vertreter der Wohnungswirtschaft, der Wohlfahrt, der kommunalen Spitzenverbände und anderen – den Preis „Soziale Stadt“ ausgelobt hat. Er zeichnet Projekte aus, die zeigen, dass das Engagement vor Ort Aktiver – sei es durch Bürgerinitiativen, von der Wohlfahrt oder von der Wohnungswirtschaft angestoßen – tatsächlich dauerhaft etwas positiv verändern kann. Die Projekte werden beim Preis „Soziale Stadt“ nicht mit einem Geldpreis belohnt, sondern durch Bekanntmachung in der Öffentlichkeit im Rahmen einer Preisverleihung, die in der Vergangenheit auch durch die Preisvergabe durch den Minister für Bau und Stadtentwicklung besonders geehrt wurde, und in der die Projektteilnehmer, ihre Initiative und ihr Einsatz mit dem Preis und Anerkennung ausgezeichnet wurden. Die Projekte zeigen deutlich, wie erfolgreich in den Quartieren mit Initiative und guten Ideen gearbeitet wird, dass auch Menschen in sozial schwierigen Nachbarschaften sich prägend für ihre Umgebung einsetzen können und dass sich das Image eines Quartiers, einer Nachbarschaft entwickeln kann. Für diese Öffentlichkeit zu sorgen, dafür hat sich die Stiftung eingesetzt. Insofern haben wir von Anfang an das Programm „Soziale Stadt“ sehr aufmerksam begleitet.

Stiftungen allgemein haben natürlich mit dem Programm „Soziale Stadt“ dahingehend zu tun, dass sehr, sehr viele Stiftungen, auch wenn sie selbst sich

nicht vordergründig mit Stadtentwicklungsthemen befassen, dennoch sich für Themen der „Sozialen Stadt“ wie Bildung, Arbeit, Integration, Gesundheit, Soziales und Umwelt oftmals auch in sozialen Brennpunkten einsetzen. Das heißt, an diesen Stellen sind Stiftungen vor Ort per se aktiv. Und deswegen sind wir Bestandteil, Beitragende im Programm „Soziale Stadt“.

*Stefan Hradil*

Können Sie den Lesern ein oder zwei Projekte skizzieren, die im Rahmen des Preises „Soziale Stadt“ ausgezeichnet wurden?

*Sabine Süß*

Da gibt es etliche Beispiele, immerhin sind in den vergangenen 10 Jahren über 1.000 Projekte eingereicht und über 100 ausgezeichnet worden. Wir haben im Jahr 2010 zum Beispiel zwei Projekte mit Anerkennung ausgezeichnet, die die Bandbreite zeigen. Eines davon ist ein Nahrungsmittelladen, ein kleiner Laden in einer Kleinstadt im Allgäu, in einer Nachbarschaft, in der viele alte Menschen leben, die sich durch eine genossenschaftliche Initiative eine Einkaufsmöglichkeit zurückerobert haben, indem sie Menschen, die schwer in den Arbeitsmarkt vermittelbar sind, beschäftigen. Diese Gemeinschaftsaktivität führt dazu, dass in dieser Nachbarschaft wieder Nahversorgung möglich ist, dort Menschen arbeiten, die vorher überhaupt keine Chance auf dem Arbeitsmarkt hatten, und auch andere Stadtbewohner, die nicht in diesem Quartier leben, in die Genossenschaft eintreten und so die Initiative stärken. Das ist ein ganz besonders schönes Beispiel, weil dort etliche gesellschaftliche Randgruppen miteinander zu tun bekommen und sich solidarisieren. Und das dient dazu, dass dieses Quartier wieder zu einem belebten und beliebten Viertel wird.

Ein anderes Beispiel aus Berlin. Eine Wohnungsbaugenossenschaft entwickelte in einer 1970er Wohnsiedlung gemeinsam mit Bewohnern und Künstlern die Fassadengestaltung ihrer uniformen Wohngebäude. Ein Handwerksbetrieb nahm sich der arbeitslosen Jugendlichen aus dem Quartier, meist mit Migrationshintergrund, an und bildete sie aus, indem sie die Fassaden der Wohnsiedlung anmalten. Die Jugendlichen bekamen dadurch die Chance, das Malerhandwerk zu lernen, gleichzeitig ein Verantwortungsgefühl für ihre Umgebung zu entwickeln. Resultat ist weniger Vandalismus, weniger Schäden, weniger Gewalt in der Nachbarschaft und ein Miteinander von Alt und Jung. Die Jugendlichen identifizieren sich mit ihrer Nachbarschaft nun viel stärker, sie konnten eine Berufsausbildung dort machen und sind total stolz.

*Stefan Hradil*

Was wurde mit dem Programm „Soziale Stadt“ in den Jahren erreicht, in denen es mittlerweile besteht?

*Sabine Süß*

Es gibt Untersuchungen, die zum einen den wirtschaftlichen Erfolg dieses Programms bezeugen, d.h., ein Euro aus diesem Bund-Länder-kommunalen Programm generiert rund 8 Euro private Investitionen, hier hat man tatsächlich einen wirtschaftlichen Faktor auf der einen Seite.

Auf der anderen Seite kann man durch die Untersuchungen nachweisen, dass die Quartiere tatsächlich an Image gewinnen. Gerade diejenigen, die dort leben, bekommen ein besseres Gefühl für ihre Nachbarschaft, sie leben dort gerne, sie identifizieren sich, sie engagieren sich. Die Lebensqualität wird durch bauliche Attraktivität und allgemeine Aufwertung in der Nachbarschaft erhöht, und die Arbeits- und Wohnsituation vor Ort erfährt eine deutliche Entspannung. Als man das Programm entwickelt hatte, waren komplexe Problemlagen von Quartieren mit Segregationstendenzen, also Tendenzen zur Bildung von abgegrenzten Gruppen, die nichts miteinander zu tun hatten, deutlich zu sehen und zu erleben. Diese Probleme wurden als Gefahr für die langfristige Entwicklung von Kommunen gesehen. Das hat sich gelockert, es gibt mittlerweile einen sehr geregelten Umgang miteinander über die runden Tische, über die Vor-Ort-Büros der Quartiermanager, die versuchen, die unterschiedlichen Interessengruppen stärker zusammen zu bringen und Beteiligung zu stützen. Das sind alles Erfolge, die heute auch tatsächlich messbar sind.

*Stefan Hradil*

Was wäre denn geschehen, wenn es dieses Programm nicht gäbe?

*Sabine Süß*

Schlimmstenfalls Ausbrüche von Gewalt wie in den Banlieus in Frankreich. Wir wissen, dass dort die Segregation mit einem hohen Prozentsatz von sozialem Sprengstoff verbunden ist, Arbeitslosigkeit, Fremde unter sich, die miteinander schwierig umgehen, bauliche Situationen, die dazu führen, dass man nur den Einzelnen wahrnimmt oder eben die Gruppe, aber auf keinen Fall mehr eine gemischte, lebendige Nachbarschaft. Das ist in Deutschland verhindert worden. Die Tendenzen hat es Anfang der 1990er Jahre in Deutschland auch gegeben, und mit dem Bund-Länder-Programm hat man tatsächlich vermocht, dieser Form der Eskalation entgegenzuwirken und vorzubeugen. Es gibt natürlich auch Beispiele aus Deutschland, Quartiere, in denen unterschiedliche Gruppen aufeinander losgehen. Diese Entschärfung der Gewaltbereitschaft zum Beispiel in den Quartieren ist etwas, das durch das „Soziale Stadt“-Programm und das gemeinsame Arbeiten für das eigene Quartier und die Gemeinschaft erreicht wurde.

*Stefan Hradil*

Man liest derzeit häufig, dass dieses Programm in Schwierigkeiten geraten ist. Worin bestehen die Schwierigkeiten?

*Sabine Süß*

Das Programm selber ist nicht in Schwierigkeiten geraten, sondern die Schwierigkeiten sind politisch gemacht worden. Das Bund-Länder-Programm ist beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung als Bestandteil in der Städtebauförderung angesiedelt. Dort sollten die unterschiedlichen Maßnahmen zusammenlaufen, die im Rahmen der Gesamtidee einer „Sozialen Stadt“ auch aus anderen Ministerien beigesteuert wurden. Wie mit einem „goldenen Zügel“ sollte ein Ministerium federführend sein, um die unterschiedlichen

Aktionsgebiete wie Arbeitsmarkt, Integration, Bildung, wirtschaftliche Entwicklung, soziale Bereiche, bauliche Entwicklung, Umwelt zusammenzuführen.

Die Städtebauförderung ist in den letzten zwölf Monaten um ein Drittel gekürzt worden, innerhalb dieser Kürzungen ist auch das „Soziale Stadt“-Programm von über 90 Millionen auf 27 Millionen – also um 70 Prozent gekürzt worden. Für 2012 spricht man nun von einer „Erhöhung“ auf 40 Millionen Euro mit einem neuen Programmtitel „Soziale Stadt – Investitionen im Quartier“.

Dennoch: Durch Intervention einer der politischen Parteien sind die sozial-investiven Maßnahmen abgeschafft worden, das heißt, es darf jetzt nur noch in die bauliche Situation vor Ort investiert werden, damit entzieht man diesem Programm eine der Erfolgsgrundlagen.

Angesichts der Tatsache, dass wir heute angestrenzte Diskussionen über Integration und Bildung führen und um Maßnahmen zur Förderung beider Bereiche ringen, um den wirtschaftlichen Erfolg unserer Gesellschaft zu sichern, erscheint es fahrlässig, ein erfolgreiches Programm, das erprobt und eingeführt ist und diese Wirkungsbereiche ebenso wie viele andere stützt, um die sinnstiftende Komponente zu bringen.

*Stefan Hradil*

Was heißt das konkret, wenn Sie bestimmte Maßnahmen ansprechen? Was ist durch diese Kürzungen passiert?

*Sabine Süß*

Ich hatte ja am Anfang erklärt, dass es zwei Komponenten gibt in dem Programm, zum einen die baulich-investiven und zum anderen die nicht investiven Maßnahmen, wir nennen es die sozial-investiven Maßnahmen. Das heißt, die Projekte von Bürgern, von Quartierbewohnern vor Ort, die werden nicht mehr gefördert. Was weiterhin gefördert wird: Kinderspielplätze auszubauen, Fassaden zu streichen oder sonstige bauliche Maßnahmen, die dazu führen sollen, das Quartier baulich aufzuwerten. Unzweifelhaft sind das auch wichtige Aufgaben. Aber es reicht nicht, Fassaden zu tünchen, es geht um Verantwortung.

Dies bedeutet nämlich auch, dass der Quartiermanager und damit die kontinuierliche Entwicklung, auf die es in den Quartieren ankommt, da man Struktur verändern will, existenziell gefährdet ist. Der Quartiermanager hat sowieso schon eine schwierige Existenz, weil die Verträge immer nur zwischen ein und drei Jahre Laufzeit hatten. Aber auch sonstige Initiativen von Bürgern und anderen im zivilgesellschaftlichen Bereich werden schwierig, weil ihnen eine Impulsfinanzierung für ihr eigenes Engagement versagt bleiben soll.

*Stefan Hradil*

Also, der Genossenschaftsladen, von dem Sie vorhin berichtet haben, der mit einem Preis ausgezeichnet worden ist, würde jetzt nicht mehr gefördert werden?

*Sabine Süß*

So ist es. Es sei denn, es finden sich andere, die diese Form der Maßnahmen finanzieren, und das tun schon Etliche, dazu möchte ich die Wohnungswirtschaft

nennen, ich möchte die Wohlfahrtsverbände nennen, die schon sehr stark in diesen Bereichen investieren, aber sie können und sollten es nicht alleine tun. Das kann nicht die Antwort sein.

*Stefan Hradil*

Man hat davon gelesen, dass es Pläne der gegenwärtigen Regierung gibt, das Programm „Soziale Stadt“ weiterzuführen, aber unter Veränderungen. Unter anderem sei an eine verstärkte Beteiligung bürgerschaftlicher Initiativen gedacht, also zum Beispiel von Stiftungen. Was halten Sie von dieser Stoßrichtung?

*Sabine Süß*

Die Stoßrichtung ist absurd. Die ist dahingehend absurd, dass genau diese Institutionen und diese engagierten Menschen bereits in der Vergangenheit ganz stark aktiv waren und sind. Jetzt anzukündigen, dass man auf diese setzt, sich stärker zu engagieren, ist geradezu zynisch. „Betroffene zu Beteiligten machen“ heißt es dazu in einer Presseerklärung des Bundesministers für Bau und Stadtentwicklung vom 8. Juli 2011.

Was dieses Programm eigentlich wollte, in diese bürgerschaftliche Engagementrichtung hinein Impulse zu geben – also in die Bürgerinitiativen hinein, in die Stiftungen hinein, in die Kirchengemeinden hinein, in die Wohlfahrtsverbände hinein, aber auch in die Wohnungswirtschaft und andere –, das hat man schon längst getan. Jetzt zu verkünden, dass man diese Form des Engagements stärker einbinden möchte, gleichzeitig aber die Mittel des Bundes kürzt und damit die Länderzuschüsse vertrocknen lässt, ist insofern zynisch, da man denjenigen, die vor Ort schon aktiv sind, noch mehr finanzielle Verantwortung aufbürden will.

Dabei wird ihnen implizit unterstellt, dass sie noch nicht aktiv genug waren, gleichzeitig wird gesagt, wir entziehen euch aber die Grundlage der Impulse, nämlich die Anschubfinanzierung. Eines muss man sich vor Augen halten – ich habe es ja vorhin gesagt, ein Euro aus der „Sozialen Stadt“, also aus der Bundes-Länder-Kommunalfinanzierung heraus, generiert acht Euro private Investitionen –, wenn dieser eine Euro fehlt, fehlt der Impuls für die restlichen acht Euro. Und Kompensation in Form von stärkerem Engagement von den Stiftungen zu verlangen oder von den bürgerlichen Initiativen zu verlangen, von den zivilgesellschaftlichen Akteuren zu verlangen, ist etwas, was eine Tendenz erkennen lässt, die wir schon an anderer Stelle beobachten, dass der Bund sich aus der Verantwortung für die Entwicklung in den Städten zurückzieht.

*Stefan Hradil*

Frau Süß, Sie sind ja nicht die Einzige, die sich derzeit darüber beklagt, dass hier an einer Stelle gekürzt wird, die wirklich unvernünftig erscheint, weil man sogar aus ökonomischer Perspektive sagen muss, dass diese Kürzungen letzten Endes viel mehr kosten werden, als sie vor der Hand ersparen, indem große soziale Folgeschäden zu erwarten sind. Haben Sie Hoffnungen, dass diese Mahnungen erhört werden?

*Sabine Süß*

Jein, sie werden unserer Einschätzung nach nicht oder meiner Einschätzung nach nicht in den nächsten Jahren von der Politik erhört, wir haben nun das zweite Kürzungsjahr erlebt, nach 2011 jetzt auch für das Budget 2012. Mit den gleichen Argumenten wurden Kürzungen als Erhöhungen dargestellt, insofern kann ich von der Politik nicht erwarten, dass da etwas gehört oder verstanden wird, zumal das Henkersbeil der Haushaltskonsolidierung jegliche vernünftige mittelfristig wirkende wirtschaftliche Berechnung köpft. Wobei es natürlich einzelne Personen gibt, die sich im Kampf um die Städtebauförderung sehr wohl engagieren, das möchte ich noch betonen.

Aber auf der anderen Seite können wir auch beobachten – und das ist eine interessante Entwicklung –, dass in dem Maße, in dem sich die Politik aus der Verantwortung für ein soziales Zusammenleben in der Stadt zurückzieht, es auf der anderen Seite auch etliche vor Ort motiviert, sich deutlicher zu für ihre Nachbarschaft und ihre Stadt stark zu machen. Hier wird deutlich, dass sich die Bürger nicht mehr gefallen lassen, wenn der Staat ihnen auf der einen Seite etwas abverlangt, nämlich sich zu engagieren, auf der anderen Seite ihnen dafür aber die Unterstützung entzieht.

Diejenigen, die betroffen sind, sind mittlerweile dabei, sich zu organisieren und auch laut zu werden. Die Auslober für den Preis „Soziale Stadt“ und der Deutsche Mieterbund haben ein „Bündnis für eine soziale Stadt“ gegründet, absichtlich den Begriff „soziale Stadt“ als eine Einheit und Aussage betrachtend – gar nicht mal nur auf das Programm bezogen –, sondern wirklich zu sagen, wir wollen dafür sorgen, dass unsere Städte weiterhin lebenswert sind, dazu müssen alle Nachbarschaften mitgenommen und befähigt werden.

Und es formiert sich Widerstand. Dieser Widerstand bedeutet, dass sich Menschen zusammentun, die sich vorher auf einer politischen Ebene vielleicht gar nicht so stark engagieren wollten. Der Widerstand und das Engagement wachsen so, dass mittlerweile in einigen Bundesländern sich Bürger, zivilgesellschaftliche Institutionen und Städte zusammentun, um für eine soziale Stadt zu arbeiten, kämpfen wollen, unabhängig davon, was die Politik macht. Also, dieser Selbstverantwortungsbereich, der wächst. Und da wird auch Protest laut. Dass das in den nächsten Jahren aber unmittelbare Auswirkungen auf die Politik und die politische Haltung haben wird, wage ich zu bezweifeln.